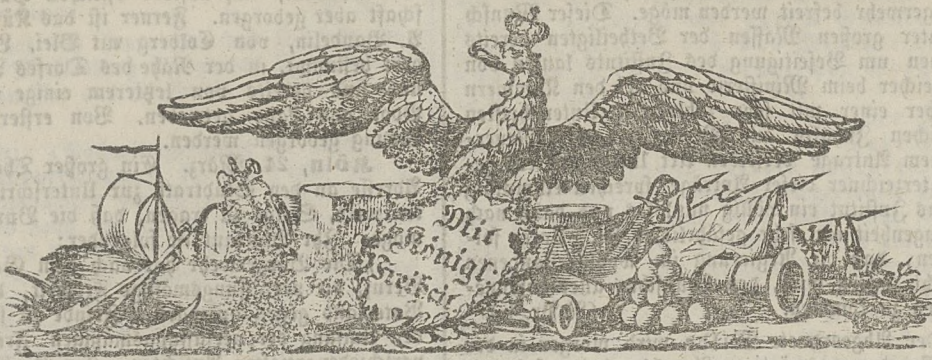


# Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint  
täglich,  
Vormittags 11 Uhr,  
mit Ausnahme der Sonntage  
und Festtage.

resp. Postämter nehmen  
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis  
pro Quartal  
25 Silbergroschen,  
in allen Provinzen  
der Preussischen Monarchie  
1 Thlr. 1 $\frac{1}{2}$  Sgr.

Expedition:  
Krantmarkt No 1053

Am Verlag von Herrn. Gottfr. Effenbarts Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. G. S. Effenbart

No. 74. Mittwoch, den 28. März 1849.

Bei dem nahen Ablaufe des Quartals werden die geehrten Interessenten der Stettinischen Zeitung ersucht, die Erneuerung der Pränumerations in unserer Expedition, Krantmarkt No. 1053, gefälligst anzumelden. Die Zeitung erscheint täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) Vormittags 11 Uhr; der Pränumerations-Preis beträgt pro Quartal 25 Sgr., auswärts 1 Thlr. 1 $\frac{1}{2}$  Sgr. — Diejenigen Abonnenten, welche die Zeitung ins Haus gebracht zu haben wünschen, wollen die Bestellung bei der Expedition abgeben und zahlen dafür 7 $\frac{1}{2}$  Sgr. pro Quartal.

Die Zeitungs-Expedition.

Zur Bequemlichkeit der resp. Abonnenten haben wir in der Oberwieß bei dem Kaufmann Herrn S. Sahlfeldt ein Debits-Comtoir unserer Zeitung errichtet, wo dieselbe sogleich nach 11 Uhr Vormittags in Empfang genommen werden kann.

## Deutschland.

Berlin, 27. März. (18te Sitzung der 2ten Kammer.)

Präsident: Grabow. Eröffnung der Sitzung 11 $\frac{1}{2}$  Uhr. Am Ministerfiskus Graf Brandenburg, v. Mantuffel, v. d. Heydt, Graf Arnim, Strotha.

Das Protokoll wird verlesen und angenommen. Der Abg. Bernich bittet um einen achttägigen Urlaub zur Reise nach Frankfurt a. M.

Minister des Innern: Zu den Landestheilen, über welche der Belagerungszustand hat verhängt werden müssen, gehörte auch der Kreis Kreuzburg-Rosenberg; es ist Veranlassung vorhanden, diesen Ausnahmezustand über den Bezirk aufzuheben. Ich halte es für meine Pflicht, die hohe Kammer hiervon in Kenntniß zu setzen.

Nach einem Wahlbericht genehmigt die Versammlung die Sistirung der Untersuchung gegen den Justiz-Commissarius Groneweg und beantragt seine Einberufung.

Abg. Caspary trägt darauf an, daß das Resultat dieser Abstimmung durch den Telegraphen nach Münster befördert werden möge; der Präsident bemerkt dagegen, daß dies dem Minister des Innern zu überlassen sei.

Die Versammlung geht zur Adressdebatte über (Malmöer Waffenstillstand): einige Amendements finden Unterstützung.

Abgeord. von Binde bittet die Versammlung, einem übermüthigen Feinde gegenüber die Diskussion über diesen Gegenstand der Adresse zu vermeiden.

Abg. Arnz: Zum ersten Male ist heute das preussische Volk berufen, auch über die auswärtigen Angelegenheiten das Wort zu ergreifen. So schwierig unsere Aufgabe hierin auch ist, so darf dies uns nicht abhalten, unser Wort von der Tribüne ab heut wandern zu lassen. Die auswärtige Politik berührt freilich weniger die Interessen des Volkes, als die innern Angelegenheiten. Aber in großen Kreisen, wie wir sie jetzt durchleben, neigt sich die Theilnahme des Volkes auch zu den auswärtigen Angelegenheiten hin und wünscht es, auch hierin zum Bewußtsein seiner Interessen zu kommen. Der Regierung wird natürlich immer hauptsächlich die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten verbleiben müssen; deshalb aber ist es auch nothwendig, daß sie den Puls des Landes fühle, und empfinde, daß sie vom Volke getragen werde. — Die Thronrede sagt über den Gegenstand unserer heutigen Verathung wenig; die Adresse eben so wenig; sie ist nichts weiter, als das Echo jener; das Amendement Robbertus, das ich unterstütze, ist dagegen bezeichnender; es ist keine Phrase.

Um über die Politik Preußens einen sichern Maßstab zu gewinnen, ist es nothwendig, die bisher befolgte zu überblicken; das Gesetz der Zukunft läßt sich am besten aus der Vergangenheit erkennen. — Der Redner beginnt nun auf so weilläufige Art die Politik Preußens zu beleuchten, daß die Journalistik nicht viel Ausbeute für sich findet. — Er beleuchtet den Wiener Traktat, den er zwar nicht mißachten will, aber auch nicht billigen kann. Die Politik Preußens ist hauptsächlich deshalb seit jener Zeit eine fehlerhafte gewesen, weil sie sich nicht von dem Bündniß mit Oesterreich und Rußland trennen konnte. Die Politik der heiligen Allianz hat überall die Interessen vernachlässigt; Preußen hat ihr seine besten Kräfte geopfert. Die Verbindungen mit Portugal und Spanien sind abgebrochen worden; die Verhandlungen mit Holland wegen der freien Rheinschiffahrt sind noch in Jedermanns Gedächtniß. Der Redner kommt auf Polen, die Einverleibung desselben in Rußland und Krakau's in Oesterreich; die Donaufürstenthümer sind zum Nachtheil alles deutschen Handels jetzt in den Händen Rußlands; durch den Traktat von Adrianopel ist das schwarze Meer geöffnet. Einen so wichtigen Punkt, als Italien für Deutschland ist, läßt Preußen ganz außer Acht; es hat nicht einmal die Idee gehabt, den Congreß in Brüssel zu beschicken. Endlich kommt der Redner auf Dänemark. Der

Sundzoll lähmt den ganzen Oseehandel; er will einen Gesetzes-Vorschlag einbringen, daß aus Staatsmitteln der Sundzoll den preussischen Schiffern zurückgezahlt werde. Er schließt mit der Behauptung, daß die Regierung den tmonatlichen Waffenstillstand mit Dänemark nicht zu einer friedlichen Lösung der Verhältnisse benutzt habe. (Die Rede währt 1 $\frac{1}{2}$  Stunde.)

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten: Ich will den geehrten Redner in seiner Politik von Portugal bis nach dem schwarzen Meere hin nicht verfolgen; nur der Behauptung, daß seit dem Waffenstillstand von Malmö nichts für die glückliche Lösung der dänischen Verhältnisse geschehen sei, muß ich entgegentreten. Es ist in dieser Zeit sogar sehr vieles geschehen; es ist die Friedensbasis gelegt; daß dies aber nicht in einigen Tagen abgemacht werden kann, lenchtet wohl ein, da schon über das Hin- und Herschreiben viel Zeit vergeht. Da nun aber die Friedensbasis festgestellt ist, und nur einige kleine Punkte zu erledigen bleiben, so ist mit der größten Bestimmtheit auf einen baldigen definitiven Frieden zu rechnen. Die Preussische Regierung hat übrigens nicht die Prinzipalleitung dieser Angelegenheit, sondern der Centralgewalt liegt die Hauptleitung ob. — (Auf nach Schluß.)

Für den Schluß der Debatte stimmen 165, gegen 120.

Namentliche Abstimmung wird verlangt und ergiebt 172 für, 153 gegen den Schluß.

Die 3 eingebrachten Amendements, 1) von Robbertus und Genossen, 2) d'Estes, 3) Wesendonk, werden verworfen.

Der 10te Abschnitt des Adress-Entwurfs wird mit großer Majorität angenommen.

Der 11te Abschnitt einstimmig angenommen.

Die Polefrage wird von den Polen nicht zur Erörterung zugelassen.

Berlin, 24. März. Nach den Marschrouten des diesseitigen für Schleswig-Holstein bestimmten Kontingents, bestehend aus 10 Bataillons Infanterie, 1 Bataillon Jäger, 1 Kompagnie Pioniere, 8 Schwadronen Husaren und 1 sechspfündigen Fuß-Batterie nebst den dazu gehörigen Kolonnen, wird dasselbe von heute ab bis 14. April successive in Altona eintreffen.

Die Einrichtung der elektromagnetischen Telegraphen ist nunmehr so weit vorgeschritten, daß nach und von folgenden Stationen Depeschen mitgetheilt werden können, nämlich: Berlin, Jüterbog, Köthen, Halle, Erfurt, Eisenach, Kassel, Gießen und Frankfurt a. M. In einigen Tagen werden noch folgende Stationen der Berlin-Kölnener Linie hinzutreten: Potsdam, Magdeburg, Oschersleben und Braunschweig. Die Leitung des ganzen, zum Ressort des Handels-Ministeriums gehörigen Instituts, ist dem Oberst du Vignau übertragen und dasselbe unter der Firma: „Königl. Telegraphen-Direktion“ in die Kategorie einer königlichen Behörde gestellt worden. (D. Ref.)

Berlin, 26. März. Durch Erlass des Ober-Präsidenten vom 22. d. M. ist die Breslauer Bürgerwehr bis aus Weiteres suspendirt worden, weil sie sich nicht bloß geweigert hat, auf Requisition der Behörden einen ungeseglichen Umzug am 18ten März zu verbieten, sondern weil auch Abtheilungen der Bürgerwehr bewaffnet an diesem Umzuge Theil genommen haben. Die Geschichte der Breslauer Bürgerwehr hat schon viele Momente aufzuweisen, wo es wohl an der Zeit gewesen wäre, dem gefährlichen Spiel ihrer Zuchtlosigkeit ein Ende zu machen. Sollte demnach dies bewaffnete Schutzbataillon, welches nur Eifer und Muth für die Unordnung und Anarchie, für Recht, Gesetz und Ordnung aber nur Feigheit und Pflichtvergessenheit gezeigt hat, wieder in Wirksamkeit treten, so hoffen wir, daß vorerst eine gründliche Reorganisation desselben vorgenommen werde, damit die Elemente der Gesetzlosigkeit, welche namentlich in den Freicorps ihren Sammelplatz haben, nicht ferner die Ehre und den Beruf des Instituts bloßstellen. Wir besorgen aber nicht eine so baldige Wiederherstellung,

und betrachten wir die Haltung, welche fast sämtliche Bürgerwehren des Staates eingenommen, betrachten wir die Wirkungen, welche das ganze Institut auf die sittliche und ökonomische Lage der Bevölkerungen nicht minder als auf den politischen Gesundheitszustand hervorgebracht hat, so können wir uns des Wunsches nicht erwehren, daß Preußen fortan von dieser Landplage unnützer Bürgerwehr befreit werden möge. Dieser Wunsch ist auch an vielen Orten unter großen Massen der Beteiligten bereits sehr lebendig und die Petitionen um Beseitigung des Instituts laufen von Stadt und Land täglich zahlreicher beim Ministerio und bei den Kammern ein. Wir haben bereits früher einer mit sehr zahlreichen Unterschriften versehenen Petition des gleichen Inhalts aus Berlin gedacht. Neuerdings werden in Köln zu einem Antrage derselben Art Unterschriften gesammelt. Alle zahlreichen Unterzeichner dieser Anträge sprechen einmüthig die Ueberzeugung aus, daß das Institut ein völlig nutzloses und dabei nach allen Erfahrungen der Vergangenheit ein sehr gefährliches sei. Unter solchen Umständen ist zu erwarten, daß die Regierung im wohlverstandenen Interesse des Vaterlandes nicht zögern wird, den Wünschen aller besonnenen Vaterlandsfreunde entgegen zu kommen. (N. Pr. 3.)

Berlin, 27. März. Der Abgeordnete Milde wird morgen in der ersten Kammer an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten folgende Interpellation richten:

„Der Minister wolle die Kammer davon in Kenntniß setzen, ob und wie weit die bereits in öffentlichen Blättern enthaltenen Nachrichten über die Anhäufungen großer russischer Truppenmassen längs der schlesischen Grenze, begründet sind, da sich mit jenen ernstliche Besorgnisse für die Dauer friedlicher Beziehungen zum Auslande verbinden; gleichzeitig wolle der Minister der Kammer diejenigen Maßregeln mittheilen, welche von Seiten der Staatsregierung getroffen sind, um den Frieden und damit die Sicherheit der östlichen Provinzen zu wahren. (D. R.)“

Berlin, 27. März. In dem ersten Bande der unter die Abgeordneten vertheilten Anlagen zum Staatshaushalt findet sich in Betreff des Seehandlungs-Instituts die nicht uninteressante Bemerkung, daß die in Folge Königl. Befehls vom 25ten Juni 1841 von dem Gewinne des Instituts an die General-Staatskasse jährlich abzuführenden 100,000 Thlr. für 1848 nicht gezahlt werden könnten und voraussichtlich auch für die nächsten Jahre nicht disponibel zu machen sind, weil das Institut zu dem Betriebe der in seinem Besitze befindlichen industriellen Etablissements vielfach außerordentliche Gelbdaufwendungen zu machen genöthigt ist und daher für jetzt und in der nächsten Zukunft auf Gewinn nicht rechnen kann. — Die Genossenschaft für Reform im Judenthum hat gestern den Beschluß gefaßt, keinen Sabbath mehr zu feiern. Der wöchentliche Gottesdienst wird fortan am Sonntag abgehalten. Der Lokal-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen hatte bei dem Finanz-Ministerium die Aufhebung des Kalenderstempels beantragt. In der vorgestrigen Sitzung des Vereins wurde die vom Finanz-Minister erfolgte abschlägige Antwort mitgetheilt. Dieselbe war dadurch motivirt, daß zwar die Presse frei sei, insofern Niemand in der Ausübung seines Rechtes, seine Gedanken frei zu äußern beschränkt werden dürfe, da jedoch der offizielle Theil des Kalenders keine Gedanken enthalte, so könne der Stempel darauf, als vollkommen verfassungsmäßig nicht aufgehoben werden. Der Verein beschloß, die Sache vor die Kammern zu bringen. Nach dem neuen Justiz-Etat ist namentlich in Folge der neuen Gerichtsorganisation und der sehr bedeutenden Zunahme der Zahl der Criminaluntersuchungen für 1849 extraordinärer Zuschußbedarf von 770,000 Thlr. erforderlich. (S. C.)

Die hiesigen Demokraten haben jetzt eine vollständige Wählerbande für das Land organisiert, an deren Spitze der ehemalige Schauspieler Windvort steht. Ihre Organe, in welchen sie offen Revolution und Communismus predigen, sind der Thurmwart, redigirt von Weissfog, und das Reich-eisen von Dr. Binder.

Den Generalkaab des Generals von Prittwitz, dem das Ober-Commando der deutschen Truppen in Schleswig anvertraut ist, werden folgende preussische Offiziere bilden: Major v. Hahn, Major v. Gotsch, Hauptmann Schwarz, Hauptmann v. Berg, Rittmeister Graf Münster und Hauptmann Graf v. d. Goltz.

Potsdam, 25. März. Von dem Kassirer des Königl. Hofmarschall-Amtes, Hrn. Dome, fand im hohen Auftrage des Herrn Hofmarschalls Grafen v. Keller heute im Königl. Schlosse hier die Vertheilung der schönen von K. Majestät höchst gelungen geschnittenen Medaille, in Silber und Bronze, welche Se. Majestät der König auf Allerhöchstdessen silberne Jubel-Hochzeit-Feier hat prägen lassen, an die hiesigen K. Hofbeamten und an die Hofdienerschaft, welche zum Ressort des Hofmarschall-Amtes und der Garten-Intendantur gehören, in der Art statt: daß diejenigen Personen, die 25 Jahre und darüber im Dienste des K. Hofes stehen, die Medaille in Silber, diejenigen aber, die weniger als 25 Jahre in demselben Dienste stehen, die Medaille in Bronze erhalten haben.

Breslau, 23. März. In der heute auf dem Fürstensaale stattgehabten Versammlung der Führer der Bürgerwehr erklärte Oberst Dr. Engelmann derselben, daß er dem Magistrat seine Demission definitiv eingereicht mit der Erklärung, die innegehabte ehrenvolle Stellung auch nicht wieder anzunehmen, so lange die Bürgerwehr unter einer Behörde stehe, welche ihr zumuthe, Handlungen der Willkür zu unterstützen. Die Versammlung erhob einen Protest gegen den Regierungsbeschluß und sprach durch Aklamation dem Obersten ihren Dank aus für seine bisherige Wirksamkeit. Die Stimmung der Stadt ist ganz ruhig, und eine Störung der öffentlichen Ordnung durchaus nicht zu befürchten. Der Magistrat hat eine auf den Regierungserlaß bezügliche Warnung erlassen; der Oberst Engelmann giebt in den Zeitungen eine offene Erklärung zur Rechtfertigung seines Verfahrens. Der demokratische Club hat den Antrag auf ein Festessen zu Ehren der Bürgerwehr abgelehnt und beschloßen nichts zu thun, was die Erklärung des Belagerungszustandes veranlassen könne.

Wemel, 20. März. Bei uns ist im vorigen Monate ein neues Kommunalsteuer-Regulativ von den städtischen Behörden in's Leben gerufen worden, dessen Grundlage durch Selbsteinschätzung der zur Kommunalsteuer Verpflichteten dergestalt gebildet wird, daß dieselben einer aus 2 Mitgliedern des Magistrats und 3 Stadtrathsrathen bestehenden Kommission ihre Einnahme des verfloßenen Jahres, oder die Ausgabe, falls diese die Einnahme übersteigt, angeben. Von Personen, welche sich auf die an sie erlassene Aufforderung zur Selbsteinschätzung nicht melden, wird angenommen,

daß sie ihre Einschätzung der Kommunalsteuer-Prüfungskommission unbedingdt übertragen.

Swinemünde, 23. März. Heute Abend ist das Küstenfahrzeug Friederike, Schiffer Block von Stolpmünde, mit Eisenbahnschwellen nach dort bestimmt, auf unserer östlichen Hafenummoole gestrandet, die Mannschaft aber geborgen. Ferner ist das Küstenfahrzeug, 3 Gebrüder, Schiffer A. Vandelin, von Colberg mit Blei, Lunten, Artillerie-Effekten zc. nach dort bestimmt, in der Nähe des Dorfes Ahlbeck bei Swinemünde gestrandet und sind bereits von letzterem einige Ballen Lunten, so wie ein kleines Boot aus Land getrieben. Von ersterem dürfte der größere Theil der Ladung geborgen werden.

Köln, 24. März. Ein großer Theil angesehener Bürger läßt eine Adresse an den Stadtrath zur Unterschrift zirkuliren, worin derselbe gebeten wird, Sorge zu tragen, daß die Bürgerwehr nicht hergestellt werden möge. Ihr Wortlaut ist folgender:

„Die Bürgerwehr hat nach dem Gesetze vom 19. Oktober v. J. den Verzug, die verfassungsmäßige Freiheit, die gesetzliche Ordnung und das Vaterland gegen auswärtige Feinde zu schützen. Ueber den Begriff und den Umfang der verfassungsmäßigen Freiheit herrschen zur Zeit noch die verschiedenartigsten Ansichten. Ein Hinblick auf die Kammer-Verhandlungen beweist zur Genüge, wie getheilt die Meinungen sind. Der Wille der Nation wird in der Gesetzgebung kund werden durch ihre Vertreter; die Stimme des Landes wird ihre Berücksichtigung finden. Was geschieht, muß auf dem Wege verständiger Ueberlegung geschehen. Daß bei dieser Lage der Dinge von einem Schutze der verfassungsmäßigen Freiheit durch die Waffen nicht die Rede sein kann, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Jeder würde seine eigenen Ideen von Freiheit mit den Waffen schützen, und so würden in der Bürgerwehr dem Bürger die Waffen gegen den Bürger in die Hand gegeben werden.“

Zum Schutze der gesetzlichen Ordnung ist die Bürgerwehr unzureichend; es liegen darüber traurige Erfahrungen in nächster Erinnerung. Dieser Schutz mag Andern überlassen bleiben. Der Bürger, welcher des Tages Last und Hitze getragen, verlangt vom Staate Schutz und Sicherheit, welchen dieser durch besondere Anstalten zu gewähren hat.

Zur Abwehr auswärtiger Feinde wird die Bürgerwehr niemals das leisten, was die vaterländische Landwehr, in welcher wir eine wohlgeordnete, disziplinierte Volksbewaffnung erblicken, zu leisten vermag und bereits geleistet hat.

Die Bürgerwehr entspricht demnach zur Zeit in keiner Beziehung ihrem Zwecke. Dazu kommt noch, daß in der nachtragslosen Zeit die Beschaffung der Waffen den Reichen drückend wird, und der Stadt eine Ausgabe von ungefähr 60,000 Thalern verursacht, daß der Bürgerwehredienst selbst mit Kosten und Zeitverschwendung verbunden ist, und endlich, daß das Bürgerwehrgesetz in seiner Bestimmung allen Parteien nicht genügt.

Aus diesen Gründen sprechen die Unterzeichneten den dringenden Wunsch aus, daß es dem Oberbürgermeister und dem Gemeinderathe gefallen wolle, die geeigneten Schritte zu thun, damit die Bürgerwehr zur Zeit noch nicht wieder ins Leben trete.“

Daß die Demokraten alle möglichen Mittel aufbieten, um diesen Plan zu hintertreiben, versteht sich von selbst; ihr triftigstes Argument ist, daß der Staat bei einer wohlorganisirten Bürgerwehr es nicht mehr wagen würde, dem Volke seine Freiheiten zu entreißen. Wir sind davon überzeugt, daß die Adresse recht viele Unterschriften finden wird, da die darin enthaltenen Wahrheiten sehr einsuchten und sehr Vielen aus der Seele gesprochen sind. (D. Ref.)

Düsseldorf, 21. März. Nachdem gestern Mittag der Befehl zum Abmarsch der Truppen nach Schleswig widerrufen, dieser Widerruf aber schon am Abend zurückgenommen war, ist heute endlich definitive Ordre gekommen, daß die designirten Truppentheile hier bleiben sollen. (S. Köln. Ztg.)

Kassel, 23. März. In der heutigen Sitzung der Versammlung der Stände begründete Herr von Sybel seinen neuen, die deutsche Verfassungsfrage betreffenden Antrag, dahin lautend: Die kurhessische Ständeversammlung erkläre ihre Ansicht über das deutsche Verfassungswerk dahin: in diesem Augenblicke sind die österreichischen Lande durch den Beschluß ihrer Regierung und die Zustimmung ihres Volkes als ausgeschlossen aus Deutschland zu betrachten; sie können, so lange dieses Verhältnis dauert, so wenig wie Elsaß und Kurland den Anspruch machen, an der Verathung über die deutsche Verfassung Theil zu nehmen; vielmehr muß es als eine schimpfliche Verletzung der deutschen Selbstständigkeit und Freiheit betrachtet werden, daß 110 Angehörige, wenn auch desselben Blutes, aber eines fremden Staates, einen entscheidenden Einfluß auf die innern Angelegenheiten Deutschlands ausüben, — es liegt die Gefahr vor, daß durch diesen Einfluß die Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes zu Gunsten der österreichischen Monarchie hintangesezt oder ausgebeutet werde, und es ist deshalb die Pflicht jedes deutschen Stammes und Staates, sowohl die Gesammtheit der deutschen Nation vor dieser Gefahr zu warnen, als sein eigenes Volk vor dem daraus entstehenden Unheil zu sichern; — die Stände-Versammlung kann aus diesen Gründen die österreichischen Abgeordneten zu Frankfurt nicht mehr als stimmberedigte Mitglieder der deutschen National-Versammlung anerkennen; — sie muß sich und das hessische Land gegen die Folgen solcher Beschlüsse verwahren, welche kraft der Mitwirkung seiner unberechtigten Abgeordneten in Frankfurt zu Stande kommen und den Interessen des deutschen Vaterlandes zu Gunsten der österreichischen Politik Gefahr drohen, — sie fordert die hohe Staatsregierung auf, dieser Verwahrung mit allen geeigneten Mitteln und zunächst dadurch Wirksamkeit zu verschaffen, daß sie den Protest gegen die fernere Mitwirkung der österreichischen Abgeordneten im deutschen Parlamente bei der deutschen Centralgewalt geltend mache.“ Herr Winkelblech meinte, der Antrag sei revolutionär! Der radikale Herr Bayrhoffer: Weise man die Oesterreicher aus, so würden ihnen bald die Würtembergern und Bayern folgen und dann werde die ganze National-Versammlung zusammenfallen. Herr Winkelblech replizierte noch: er halte auch die österreichische Regierung für revolutionär, so gut wie er die preussische Regierung und Herrn von Sybel für revolutionär halte; die beiden erstern hätten Verfassungen oetroyirt und letzterer mache Theilungspläne. Hätte man statt doktrinaerer Professoren Männer nach Frankfurt geschickt, so würde ein Jeder, der von solchen Theilungen spreche, seine gebührende Zurechtweisung erhalten. — Der Präsident will es dahin gestellt sein lassen, ob es politisch und zweckmäßig sei, den Antrag definitiv anzunehmen; zur Erwägung ziehen müsse

man ihn aber schon der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes halber. Oesterreich habe durch seine Verfassung gegen einen einigen Bundesstaat feierlich Protest eingelegt und die österreichischen Abgeordneten hätten dieselben ruhig geschehen lassen. Unter solchen Umständen dürfe man einen solchen Antrag nicht ablehnen. — Der Antrag wurde in Erwägung gezogen und dem Verfassungs-Ausschuss überwiesen. (B. 3.)

**Schwerin, 24. März.** Es hat sich heute hier das Gerücht verbreitet, daß der Großherzog von Mecklenburg dringenden Vorstellungen nachgegeben und die preussischen Kürassiere aus Neustrelitz und Mirow wieder hat abziehen lassen.

**Frankfurt a. M., 23. März.** (Nachmittags-Sitzung der Reichsversammlung. Zweite Lesung der Reichsverfassung.) An die Stelle von S. 2. und 3. tritt nach dem Minoritätsbericht von Wigard und Genossen folgender Satz: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte, eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben,“ welcher bei namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 240 angenommen wird. Mittels einfacher Abstimmung werden die beiden folgenden Sätze angenommen: „In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden.“

„Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern.“ Statt S. 4. wird der Verbesserungsantrag von Tellkamp und Genossen: „Hat ein deutsches Land mit dem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dasselbe entweder in seinem deutschen Lande residiren, oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege in demselben eine Regentschaft niedergesetzt werden, zu welcher nur Deutsche berufen werden dürfen“ gesetzt.

Angenommen wird ferner nach dem Entwurfe: S. 5. „Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.“

Artikel III. S. 6. „Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, soweit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind,“ angenommen.

Nach dem Antrage von Wigard und Genossen sollen nun im II. Abschnitte die Grundrechte folgen, welche der Verfassungsausschuss in den VII. Abschnitt versetzt hat. Die Versammlung entscheidet sich jedoch für das von dem Ausschusse befolgte System. Die nun folgende Abstimmung bietet die schöne Gelegenheit, 213 Souveräne kennen zu lernen. Es wird nämlich verlangt, zwischen S. 6. und 7. einzuschalten:

„Das deutsche Volk ist souverän. Alle Reichsgewalt rührt vom Volke her,“

und namentlich darüber abzustimmen. Unter den Zustimmungenden befinden sich Mittermaier, Römer (der württembergische Minister) und Uhlend, der Dichter. Dieselben erheben dafür den Beifall der Linken. Viele Abgeordnete haben sich einstweilen gemächlich nach Hause begeben, und sind somit der Verlegenheit ausgewichen. Ein Abgeordneter suspendirt seine Stimme unter großem Gelächter. Ein „Ah! Ah!“ der Verwunderung und höhnischer Beifall erregt die Abstimmung folgender Abgeordneten: Arndt, Beseler von Schleswig, Busch, Dahlmann, Baffermann, H. v. Gagern, Hergenhahn, Jordan von Berlin, Sylvester Jordan von Marburg, von Sölvron, von Schmerling, Waiz, Welcker, Zittel, welche durch ihr entschiedenes „Nein“ sich von der Volkssouveränität lossagen. Besonders höhnisch ist das Benehmen der Linken bei Gagern's Abstimmung. Es wird Bravo und Da Capo gerufen. Der gewünschte Zusatz wird mit 297 Stimmen gegen 213 verworfen.

Es erfolgt nun sagweise die Annahme der §§. 7—10. nach dem zur zweiten Lesung vorbereiteten Entwurfe, wodurch die vorgeschlagenen Verbesserungsanträge beseitigt werden.

**Frankfurt a. M., 23. März.** Eine neue österreichische Erklärung, vom 17. März datirt, enthält in ihrem Eingange eine Erwiderung auf das von Herrn von Schmerling eingereichte Gesuch um Enthebung von seinem hiesigen Posten. Mit Bedauern, heißt es in derselben, habe man in Wien von dem Gesuche Kenntniß genommen, könne aber die Motivirung der gewünschten Entlassung nicht als richtig anerkennen. Das Gesuch werde Sr. Kaiserl. Majestät vorgelegt und die Entscheidung ohne Aufschub hierher bekannt gegeben werden; bis sie erfolgt sei, führe einverwandtenmaßen Herr von Schmerling den ihm durch das Vertrauen des Monarchen angewiesenen Posten fort. Was die Motivirung des Gesuches um Entlassung betrifft, so enthält hierüber die Kaiserliche Erklärung Folgendes: „Ew. Hochwohlgeboren gehen von der Voraussetzung aus, daß Oesterreich's deutsche Provinzen in Folge der dem Kaiserstaat so eben gegebenen Verfassung sich an dem deutschen Bundesstaate nicht beteiligen können. Dieses ist aber eben, was ich in Abrede stelle. Freilich in einem Bundesstaate, der die innere freie Bewegung und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vernichtet, hätte Oesterreich unmöglich treten können. Ein solches Extrem ist aber meines Erachtens mit dem Begriffe des Bundesstaates nicht nothwendig verknüpft. Man konnte sich leicht einen solchen denken, mit einer mit ausgedehnten Attributen ausgerüsteten und stark organisirten Centralgewalt, mit einer ihr zur Seite stehenden Vertretung der Einzelstaaten und ihrer Stämme, mit einer solchen Organisation des Vereines endlich, welche dem Auslande gegenüber ein großes, starkes, einiges und einheitliches Deutschland dargestellt und im Innern den verschiedenen deutschen Staaten und Stämmen eine vernünftige Gemeinsamkeit der materiellen Interessen und der nationalen Rechts-Institutionen gewährt haben würde. In einen solchen Bundesstaate einzutreten, wäre Oesterreich jeden Augenblick bereit. Der neueste Frankfurter „kühne Griff“ stellt freilich Alles aufs neue in Frage. Wir können für heute bloß noch die weitere Entwicklung abwarten. Sie falle übrigens aus, wie sie wolle, so wird sie Oesterreich auf seinem Posten finden. Wir erwarten übrigens von dem Patriotismus der dieses Gefühls empfänglichen österreichischen Deputirten, daß sie ihren Posten in Frankfurt nicht verlassen werden, so lange als ihnen dieses durch die äußeren Umstände nur immer möglich gemacht sein wird. Oesterreich denkt nicht daran — ich wiederhole es — sich von Deutschland in den Beratungen über dessen künftige Verfassung loszusagen, und es ist daher Pflicht jedes wohlwollenden Staatsbürgers, seinem

Vaterlande dort, wo diese Verfassung berathen wird, das Wort zu reden bis zuletzt.“

**Frankfurt a. M., 24. März.** Ueber die Bildung eines neuen Ministeriums kursiren fortwährend sich widersprechende Gerüchte. Es möchte ein zu gewagter Versuch sein, der National-Versammlung ein nicht aus ihrer Mitte entnommenes Ministerium gegenüber zu stellen. Wir glauben vielmehr mit gutem Grunde der Vermuthung Raum geben zu dürfen, daß das Ministerium Gagern in Folge der nächstens zu fassenden endlichen Beschlüsse über die Verfassung im Amte bleiben werde.

Der erste Vice-Präsident der National-Versammlung, Herr Beseler, ist gestern zur Uebernahme der Statthalter-schaft in Schleswig dorthin abgereist.

Mehrere österreichische Abgeordnete haben sich an den Präsidenten Simson gewandt, man möge doch dafür sorgen, daß die österreichischen Abgeordneten in der Paulskirche nicht auf eine so verächtliche Weise behandelt würden. Wir beklagen die Ausbrüche einer Empfindung, die es freilich schwer sein mag, immer zu unterdrücken. Diese Empfindung bezieht sich nicht auf die Person der Abgeordneten, sondern auf ihre unverantwortliche Handlungsweise. Jeder österreichische Abgeordnete weiß, auf welche Weise er sich nicht bloß Achtung, sondern auch Dank und warmen Händedruck von ganz Deutschland verdienen kann. (D. 3.)

**Stade, 24. März.** (Pr. electro-magnet. Telegraph.) Diesen Morgen ist eine Compagnie des 1ten hannoverschen Infanterie-Regts. von hier nach Bremerhafen ausgerückt. (H. C.)

**Hamburg, 25. März.** Herr Beseler, von Frankfurt kommend, ist hier eingetroffen, um sich nach Schleswig zu begeben.

**Altona, 22. März.** Die im feindlichen Heere noch dienenden Offiziere, welche von Geburt Schleswig-Holsteiner sind, wurden vor Kurzem vom Kriegs-Ministerium befragt, ob sie entschlossen wären, gegen ihre Landsleute zu dienen. Man verlange eine unumwundene Erklärung, eine exceptionelle Stellung könne Keinem gestattet werden. Bis auf drei (mit denen es auch eine besondere Bewandniß für ihre ablehnende Antwort hat), bejahten die Herren unbedingt. Auch sind sie in den Schleswig-holsteinischen Blättern bereits als Landes-Verräther gebrandmarkt worden. (Köln. Ztg.)

**Kiel, 24. März.** Gestern zeigten sich drei dänische Kriegsschiffe am Eingang uners Hafens; in der Nacht hat der Seewind einen dänischen Holzschub an das Ufer des Hafens angetrieben, worin geschrieben stand: „dies ist die deutsche Flotte.“ Es ist wahr, daß die Dänen sich verdient machen um die politische Erziehung der Deutschen durch die Auffachelung des schlummernden Nationalgeföhls. Wir haben den Spott der Dänen verdient. Als vor wenig Jahren der Kronprinz von Dänemark, jetzt Friedrich VII., eine Mecklenburgisch-Strelitzische Prinzessin heirathen sollte, ward von Kopenhagen aus offiziell nach Strelitz geschrieben um die Melodie des Strelitzischen Nationalliedes; man habe die Absicht, die Prinzessin bei ihrer Ankunft in Kopenhagen auch durch Aufführung des Strelitzischen Nationalliedes zu ehren. — Noch heute existiren zehnerlei Flaggen für deutsche Schiffe. Natürlich, daß jede Flagge kaum ein Zehntel so viel respektirt wird, als wenn ein und dieselbe Flagge auf allen deutschen Schiffen wehte. Aber wahrlich, es ist nicht der Spott der Dänen, worüber wir uns beklagen. Auch nicht über die ernstliche Gefahr, die uns droht. Das Linienschiff Christian VII. ist in Kopenhagen mit Wurfgeschütz versehen, welches viel weiter trägt, als alles Geschütz, womit der Eingang uners Hafens gedeckt werden soll. Die Stadt Kiel selbst ist eine offene Stadt und hat die Ehre, von den Dänen vorzüglich gehaßt zu werden. Von hier aus ging vor einem Jahre der kühne Zug nach Kopenhagen. Hier erwachte im Jahre 1830 und schon früher das Bewußtsein uners Rechts, von hier aus ward der edle Jörn gegen die Unterdrücker unser Rechte im Lande entzündet, so daß jetzt 20- bis 30,000 Bewaffnete im Felde stehen gegen unsere Erbfeinde. Die tapfern Preußen ziehn uns zu Hülfe. Nun so werden wir das Schicksal Preußens, Deutschlands theilen, mag der nordische Kolos sich in unsern Kampf mischen oder nicht. Aber das Schmerzlichste, worüber wir zu klagen haben, das ist etwas viel Schlimmeres als die Kriegsgefahr, die uns droht. Die Dänen allein wären nicht im Stande gewesen, ihr ungerechtes Unternehmen gegen die Herzogthümer so zu beschönigen und den Schein des Unrechts auf uns zu werfen, so daß die Höfe und das Publikum in London, in Berlin, in Petersburg halb oder ganz in die Verdammung der eben so loyalen als patriotischen Schleswig-Holsteiner einstimmten, oder eingestimmt haben, ohne die Hülfe von schleswig-holsteinischen, von deutschen Negaten. Bei der dänischen Legation in London und Petersburg, bei dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten in Kopenhagen sind Holsteiner, sind Deutsche im Grunde die Hauptpersonen, die gefährlichsten. Kopenhagen ist für gar viele Holsteiner ein Stall der Circe gewesen, ist im Kleinen, was einst Versailles war. Der Tribut des Sundzolls, der Tribut Jütlands, Schleswigs und Holsteins ward dort verjubelt in stetem halbvenetianischen Carneval. Es gehört Charakterstärke, es gehört ächte Vaterlandsliebe dazu, um sich dort nicht verführen zu lassen. Nun, gebt dem Deutschen ein Vaterland, wie es der Preuze jetzt, Gott und dem Könige sei Dank, wirklich hat, und der Deutsche wird sein Vaterland lieben. Aber bis jetzt sieht man noch immer Verrätherei an Deutschland ohne alle Gewissensbisse. Mehrere deutsche Häfen wetteifern, während des Krieges mit Dänemark den Dänen die Postverbindung Kopenhagens mit der deutschen Küste bequem zu machen. Die österreichische Regierung hat fortwährend einen Gesandten in Kopenhagen. Herr von Kudriafsky (Oesterreicher), Bevollmächtigter des deutschen Reichsministeriums, der die deutschen Häfen besuchen sollte, ist nicht in Kiel gewesen, wo nach Verhältniß der Kräfte am meisten geschehen ist für die deutsche Flotte. — Schließt Euch an Preußen an, Ihr deutschen Fürsten, damit bald, bald eine deutsche Flagge wehe von allen deutschen Schiffen, ein deutsches Banner vor allen deutschen Kriegern! Wo nicht, so kann der Strom der Demagogie Euch erfassen, wie im Februar vorigen Jahres der Königsthron aus dem Tuilerien weggeschwemmt ward. Eine Gegenfluth von Kosacken würde die Zerdrückungsthrone nur noch ärger machen. Ehrlicher, schneller Anschluß an Preußen, das ist der einzige Anker, der retten kann. Der Haß gegen Preußen ist jetzt Wahnsinn. Man denke sich die preussische Armee weg, so ist Deutschland das Schachbrett für Russen und Franzosen. (D. Ref.)

**Schleswig-Holstein, 24. März.** Die dänischen Schiffsbewegungen sind fortwährend sehr lebhaft. Zum Eintritt in die dänische Flotte

haben sich fünf schwedische Marine-Lieutenants gemeldet. Die neuesten Nachrichten aus Schweden-Norwegen klingen schon etwas kriegerischer. Man geht mit der Ausrüstung der Streitkräfte zu Wasser und zu Lande mit großer Energie zu Werke, und wie es scheint, gelten diese Rüstungen pro domo; denn für Dänemark hegt man weder in Norwegen noch in Schweden viele Sympathien.

Die Truppenzüge dauern ununterbrochen fort. Kurhessen, Sachsen-Gotha, Weimarer, Neug-Schleis-Lobenstein und Baiern sind im Anmarsch begriffen. (D. Ref.)

### Österreich.

**Ungarn.** Die vorgestern aus der lith. Corr. aufgenommene Nachricht von einem Siege der Magyaren bei Pesth und der Einnahme dieser Stadt scheint durch nichts sich zu bestätigen. Ebensonemig dürfte es der in der Magyar. Correspondenz erwähnte Sieg und das früher gemeldete Gerücht von der Einnahme Segedins. Die Wiener Nachrichten bestätigen nur, daß man Kaiserlicher Seits einen Hauptschlag erst nach der Einnahme von Komorn beabsichtigt, um das Heer durch die auf die Belagerung verwandten 12,000 Mann verstärkt zu haben. (V. 3.)

**Pesth, 22. März.** Aus Comorn erfährt man nur, daß die Festung heftig beschossen wird. — (Comorn ist eingenommen.) (D. R.)

**Von der Grabe, 18. März.** Wiener Blätter brachten uns die Nachricht, daß die Festung Peterwardein von den k. k. Truppen erstürmt worden sei. Peterwardein kann nicht einmal erstürmt werden, es sei denn, man wolle 20 oder 30,000 Mann hinschlachten lassen. Wer Militär ist und die Festung kennt, wird uns bepflichten. Wenn sich die Festung nicht selbst ergibt, so kann sie nur durch Hunger bezwungen werden. Leider trüben sich unsere Hoffnungen, die uns durch die Parlamentäre anfangs gemacht wurden, über die baldige Uebergabe immer mehr, und die eben von dort geflüchteten Offiziere eröffnen uns keine erfreuliche Aussicht, da namentlich die gemeine Mannschaft von Don Miguel und die Honveds terroristisch auftreten. Die Operationstruppen an der Festung sind gering. (Voss. 3.)

### Dänemark.

**Kopenhagen, 21. März.** Das Dampfschiff Slesvig kam gestern Nachmittag von Fredericia an, und die Fregatte Havfruen segelte diesen Morgen südwärts ab. (S. C.)

### Frankreich.

**Paris, 22. März.** Gestern Abend mußten zwei Theater, Varietés und Gymnase, durch die Polizei geleert werden. In den Varietés rief ein Stück: „Ein Tropfen Milch“ oder „die Amme eines Prinzen“, und im Gymnase: „Der Thaler-Lanz“, worin sich Proudhon selbst als Dieb erklärt, einen solchen Sturm hervor, daß die Polizei die Säle schloß. Wie es heißt, hat der Minister Faucher die fernere Aufführung beider Stücke untersagt.

**Paris, 24. März.** Die Notizen der französischen Regierung an Carl Albert fordern dringend die Erhaltung des Friedens.

— Die heutige Nummer des Peuple meldet mit großer Befriedigung, daß allen Bemühungen der Polizei zum Trotz es gestern gelungen ist, 45,000 Exemplare, d. h. eben so viele Feuerbrände an den Ort ihrer Bestimmung abzuliefern.

— Einem dem Ministerium des Ackerbaues und des Handels zugekommenen Briefe zufolge, datirt Panama den 20. Januar 1849, veröffentlicht der heutige Moniteur die Nachricht, daß der General Smith, Gouverneur der amerikanischen Besitzungen in Ober-Californien und dem Oregon, durch ein Dekret „jedem Fremden unterlagt hat, Gold in Californien zu sammeln.“ Wie viele vergebliche Auswanderungen sind nun geschehen!

— Das Urtheil über den des Mordes an einem früheren Gefängnisgenossen angeklagten, ehemaligen Commissair der provisorischen Regierung, Martin, genannt Riancourt, ist wahrscheinlich vorige Nacht gefällt worden. Dasselbe ist indessen noch nicht in Paris bekannt. Ein ergreifender Auftritt fand gegen den Schluß der Verhandlungen statt, als die frühere Geliebte des Angeklagten, welche ihn durch ihre Schande eine Zeit lang ernährte, als Zeugin verhört werden sollte. Sie brach bei seinem Anblick in bittere Thränen aus und verlor vor Scham und Schmerz das Bewußtsein. Riancourt selbst, der zuerst den Präsidenten bat, die Gegenwart einer Frau abzukürzen, deren Achtung ihm stets theuer gewesen sei und vor der er jetzt als Verbrecher erscheine (sie wußte früher nicht, daß er wegen Diebstahls wiederholt bestraft worden war) wurde nach und nach von der Anwesenheit derselben so ergriffen, daß er, so wie sie, in Ohnmacht fiel.

— An der Börse war heute das Gerücht verbreitet, daß eine große Verschwörung entdeckt worden sei. Man wollte wissen, daß die Verschwörer die Absicht gehabt hätten, sich des Präsidenten der Republik zu bemächtigen, und daß einige dreißig derselben verhaftet worden wären. Auch von einer „Kundgebung“ der Clubbisten, die am nächsten Montage stattfinden sollte, war die Rede.

### Italien.

**Rom, 12. März.** In der Nieder-Romagna ist die Verwirrung gränzenlos; die Schilderhebung zahlreicher Banden für den Papst ist der Deckmantel für jederlei polische Attentate geworden; Mordmord ist die Tagesparole der Parteien. Seit dem 1. März ist gegen die Banden eine Militär-Kommission mit standrechtlicher Gewalt in Lugo eingefest.

— Auch die behäuftesten Bewohner Roms erinnern sich keines so milden, sonnigen Winters, als des diesjährigen. Die duftige Campagna steht in voller Blüthe. Großen Schaden wird ihr ein über Nacht eingetretener starker Frost und selbst die nahen Gebirge von Frascati bedeckend, zu später Schneefall bringen.

**Florenz, 16. März.** Ein Proklam, gez. Mazzoni, Montanelli, Guerrazzi, spricht von der Flucht des Herzogs von Modena. Nach einer Correspondenz der Alba aus Modena, 14. März, wäre die Flucht an diesem Abend erfolgt. Eine Nachricht aus Bologna vom 15. März sagt: „Der Herzog hat die Hauptstadt, aber nicht das Herzogthum verlassen, man glaubt, er habe sich nach Brescello zurückgezogen.“ (A. 3.)

### Türkei.

**Konstantinopel, 7. März.** Rußland soll 40 Tage zur entscheidenden Antwort des Großherrn wegen des beabsichtigten Durchgangs

seiner Flotte durchs Schwarze Meer nach Neapel gestellt haben, und heute sind schon 24 Tage verstrichen. Während England und Frankreich entschieden davon abtrathen, bietet Graf Stürmer Alles auf, um eine bejahende Antwort zu erzielen.

### Wirtschafts-Bericht.

Berlin, 27. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—56 Tblr.

Roggen, in loco 24—25 Tblr., schwimmend 23—24 1/2 Tblr., pro Fröhrjahr 82 Pfund 22 1/2 Tblr. Br., 22 G., pro Mai—Juni 23 1/2 Tblr. Br., pro Juni—Juli 24 Tblr. verk. u. Br., pro Juli—August 25 Tblr. Br., 24 1/2 G.

Gerste, große, in loco 21—22 Tblr., kleine 17—19 Tblr. Hafer, in loco nach Qualität 13—14 Tblr., pr. Fröhrjahr 48 Pfund 13 a 12 1/2 Tblr.

Rübsöl, in loco 14 1/2 Tblr. Br., 14 1/2 G., pro diesen Monat 14 1/2 Tblr. Br., 14 1/2 G., pro März—April 14 Tblr. Br., 13 1/2 G., pro April—Mai 13 1/2 Tblr. Br., 13 1/2 G., pro Mai—Juni 13 1/2 Tblr. Br., 13 1/2 G., bez. u. G., pro Juni—Juli 13 1/2 Tblr. Br., 13 1/2 G., pro Juli—August 13 1/2 Tblr. Br., 13 1/2 G., pro August—Septbr. 13 1/2 Tblr. Br., 13 1/2 G., pro Septbr.—Oktbr. 13 1/2 Tblr. Br., 13 1/2 G., bez., pro Oktbr.—Novbr. 13 1/2 Tblr. Br., 13 1/2 G.

Leinöl, in loco 11 1/2 a 11 1/4 Tblr., auf Lieferung pro April—Mai 10 1/2 Tblr. Br.

Spiritus, in loco ohne Faß 14 1/2 a 1/2 Tblr. verk. u. Br., pro März 14 1/2 Tblr. Br., pro April—Mai 14 1/2 Tblr. verk., pro Mai—Juni 15 1/2 Tblr. verk. u. Br., pro Juni—Juli 15 1/2 Tblr. Br., 15 1/2 G.

### Berliner Börse vom 27. März.

#### Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.	Zinssuss.	Brief	Geld	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5 101	100 1/2	—	Pomm. Pfäbr.	3 1/2	92 1/2	92 1/2
St. Schuld-Sch.	3 1/2	79 1/2	79 1/2	Kar.-&Nm.-do.	3 1/2	93	—
Sech. Präm.-Sch.	—	99 1/2	98 1/2	Schles. do.	3 1/2	—	—
K. & Nm. Schuld.	3 1/2	—	—	do. Lt. B. gar. do.	3 1/2	—	—
Berl. Stadt.-Obl.	5	98 1/2	—	Pr. Bk.-Anth.-Sch.	—	86 1/2	85 1/2
Westpr. Pfäbr.	3 1/2	85 1/2	84 1/2	—	—	—	—
Großh. Posen do.	4	96	—	Friedrichsfor.	—	13 1/2	13 1/2
do. do.	3 1/2	80 1/2	80 1/2	And. Glöm. a 5 tlr.	—	12 1/2	12 1/2
Ospr. Pfandbr.	3 1/2	90 1/2	89 1/2	Disconto	—	—	—

#### Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—	Pols. neue Pfäbr.	4	91 1/2	—
do. b. Hope 3 a. a.	5	—	—	do. Part. 500 Fl.	4	73 1/2	73
do. do. 1. Anl.	4	—	—	do. do. 200 Fl.	—	—	97 1/2
do. Stiegl. 24 A.	4	85 1/2	85 1/2	Hamb. Feuer-Cas.	3 1/2	—	—
do. do. 5 A.	4	—	—	do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—
do. v. Btsch. Est.	5	104 1/2	104 1/2	Holl. 2 1/2 o/o Int.	2 1/2	—	—
do. Poln. Behats O.	4	70 1/2	69 1/2	Kurs. Pr. O. 40 th.	—	27	—
do. do. Cert. L. A.	5	81 1/2	—	Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	—	N. Bad. do. 35 Fl.	—	15 1/2	—
Pol. Pfäbr. a. a. C.	4	—	—	—	—	—	—

#### Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinssuss.	Tages-Cours.	Priorit.-Actien.	Zinssuss.	Tages-Cours.
Berl. Ach. Lit. A. B.	4 1/2	73 1/2 B.	Berl.-Anhalt	4	87 1/2 B.
do. Hamburg	4 1/2	50 B.	do. Hamburg	4 1/2	90 1/2 G.
do. Stettin-Stargard	4	684 B.	do. Potsd.-Magd.	4	831 B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	452 a 5 1/2 bz.	do. do.	5	949 1/2 bz.
Magd.-Halberstadt	4	7109 B.	do. Stettiner.	4	102 1/2 G.
do. Leipziger	4	15	Magd.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	48 bz.	Halle-Thüringer	4 1/2	86 bz.
Cöln-Minden	3 1/2	74 a 1/2 bz.	öln-Minden	4 1/2	92 1/2 G.
do. Aachen	4	448 B.	hein. v. Staat gar.	3 1/2	—
Bonn-Cöln	5	102 G.	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Eibersfeld	4 1/2	—	do. Stamm-Prior.	4	—
Steele-Vohwinkel	4	35 B.	Düsseld.-Eibersfeld	4	—
Niedersch. Märkisch.	3 1/2	71 B.	Wiedersch.-Märkisch.	4	85 1/2 B.
do. Zweigbahn	4	—	do. do.	5	98 1/2 B.
Oberschles. Litr. A.	3 1/2	689 1/2 B.	do. III Serie.	5	93 1/2 B.
do. Litr. B.	3 1/2	689 1/2 B.	do. Zweigbahn	4 1/2	—
Cosel-Oderberg	4	—	do. do.	5	80 B.
Breslau-Freiburg	4	5	Merschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	37 B.	osel-Oderberg	5	—
Bergisch-Märkische	4	54 1/2 G.	Steele-Vohwinkel	5	88 1/2 G.
Stargard-Posen	3 1/2	70 B.	Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—	—	—	—
<b>Quittungs-</b>			<b>Ausl. Stamm-</b>		
<b>Bogen.</b>			<b>Actien.</b>		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	Bresden-Görlitz	4	—
Magdel.-Wittelberg	4	60	Leipzig-Bresden	4	—
Aachen-Mastriacht	4	30	Thematis-Baya	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	Sächsisch-Bayerische	4	—
<b>Ausl. Quittgs-</b>			iel-Altona	4	86 1/2 G.
<b>Bogen.</b>			Amsterdam - Rotterdam	4	—
Ludw.-Börsbach 24 Fl.	—	—	Neckleubarger	4	33 1/2 B.
Pesther 26 Fl.	4	90	—	—	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90 3/2 a 32 bz.	—	—	—

#### Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Comp.

März.	Therm.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	27	334,89"	333,71"	333,58"
Thermometer nach Réaumur.	27	+ 0,8°	+ 2,5°	+ 1,9°

Deutschland.

Berlin, 26. März 1/4 Uhr N. M. (Privatmittheilung.) Bis zu diesem Augenblick weiß unser Ministerium über die dänischen Angelegenheiten durchaus nichts Neues.

— Von Hamburg meldet man, daß an der Börse angeschlagen sei, der Waffenstillstand sei bis zum 15. April verlängert.

— Es soll im Ministerrathe beschlossen worden sein, den preussischen Abgeordneten für Frankfurt keine Diäten weiter zu zahlen, weitere Schritte aber mit Oesterreich zu thun. (Wes. Z.)

— Es hat sich hier ein Verein zur Gründung eines Arbeiter-Invalidenhauses gebildet, an dessen Spitze der Direktor August, Kaufm. Polzani, Ober-Baurath Basse, Fabrikant Jungbluth, Mechanikus Freund u. Assessor Stachow stehen.

Nach dem vorläufig entworfenen Plane sollen wenigstens 500 ganz- und 400 halbinvalide Arbeiter in dem zu stiftenden Hause untergebracht werden.

— Der König gab am Sonnabend in Charlottenburg den sächsischen Offizieren ein großes Diner. Die sich hier noch aufhaltenden sächsischen Soldaten wurden Sonntags in den Kasernen vom Könige gefest.

— Der Direktor der rheinischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist über hier nach Swinemünde gereist, um ein dort befindliches Dampfboot der Gesellschaft an Kuxland, zur Fahrt zwischen Swinemünde und Petersburg, zu verkaufen, weil man bei einem Kriege mit Dänemark eine Beschlagnahme des Schiffs durch die Dänen fürchtet.

— Es fiel allgemein auf, wie sich die Demokraten große Mühe mit den sächsischen Truppen gaben, sie traktirten und spazieren führten. Der eigentliche demokratische Liebesbeweis scheint indeß der gewesen zu sein, daß einige sächsische Soldaten in der Bilder-Gallerie abscheulich bestohlen wurden.

— Bei dem Kunsthändler Hirsch, Niederwallstraße Nr. 11, ist ein wohlgetroffenes Portrait des Oberbefehlshabers in den Marken, General v. Wrangel, erschienen. Der Preis (10 Sgr.) ist sehr mäßig.

— Unter dem Titel: „Berlin von der Revolution bis zur Verfassung“ ist eine neue Arbeit Held's erschienen, bei der uns nichts mehr gewundert hat, als daß sie den Männern Berlins debizirt ist. Denselben Männern, von denen Held in dem Buche selbst sagt: sie seien „mauleiferig, feige, schwerfällig in der Empfangnis fühner Ideen, kalt und gleichgültig gegen Vorfälle, die sie nicht direkt berühren, der Gewalt lieber weichend, als ihr entgegentretend, und endlich die Revolution mehr entgegennehmend als hervorruhend.“

— Die hiesigen Blätter machen so viel Aufhebens von der Rede des Grafen Dyrn in der deutschen Frage. Wir haben diese Rede wiederholt gelesen, und finden in ihr nichts als leere Phrasen, wie sie in der Paulskirche von mittelmäßigen Wortmachern schon besser zu Tage gefördert sind. Die Bossische Zeitung ist durch den nebulösen Schwundel so benommen, daß sie den Minister v. Arnim, schon bevor er nur ein Wort gesprochen, unter dem Zischen der Versammlung auftreten läßt. Sie macht damit der ersten Kammer allerdings mit Unrecht ein nicht sehr schmeichelhaftes Compliment für ihren Bildungsstand und ihre Begriffe von Sitte und Anstand, denn die betreffende Angabe der guten Bossischen gehört ganz und gar in das Gebiet jener täuschenden Fabeln, womit das erste Blatt es seit einiger Zeit wieder liebt, ihre Leser zu unterhalten.

— Aus sicherer Quelle vernehmen wir, daß die Deputirten des Criminalsenats des Kammergerichts für Anklagesachen die vom Staatsanwalt gegen mehrere der Steuerverweigerer erhobene Anklage keineswegs ohne Unterschied für unbegründet erklärt hat. Nur ist der Gerichtshof der Meinung, daß die Theilnahme an dem Steuerverweigerungsbeschluß vom 15. November, dessen Verbreitung und die Aufforderung zur Ausführung desselben das Verbrechen des veruchten Aufbruchs nicht begründe, weil zur Constituirung dieses Verbrechens die Absicht wirklicher Gewalt und des Zusammenbringens ganzer Klassen des Volks oder der Mitglieder einer Gemeinde gehöre und diese Requisite im vorliegenden Falle nicht vorhanden seien. Auch die Erregung von Unzufriedenheit und Mißvergügen gegen die Regierung durch frechen Tadel oder Verspottung von Landesgesetzen oder Anordnungen, ist durch die oben gedachten Handlungen nicht für begründet erachtet, indem die desfallsige Vorschrift des Strafgesetzes nicht den Angriff vorübergehender Regierungsmassregeln, sondern andauernder Gesetze und Anordnungen im Staate voraussetze.

Dagegen hat der Gerichtshof einzelne Handlungen einzelner Steuerverweigerer allerdings für verbrecherische angesehen und demgemäß gegen denselben der Angeschuldigten, der wegen seiner richterlichen Qualität allein der Kompetenz des Kammergerichts anoch unterworfen ist, dem Antrage auf Einleitung der Untersuchung sein-reits statt: und da der Angeschuldigte gegenwärtig Mitglied der zweiten Kammer ist, die Einholung der Genehmigung der letztern zur weitern Verfolgung anheimgegeben. Sonach wird gegen die übrigen nicht richterlichen Personen unter den Angeschuldigten die Sache wohl ebenfalls ihren Fortgang nehmen — freilich nicht wegen des Steuerverweigerungs-Beschlusses selbst. (N. P. Z.)

— Aus dem veröffentlichten Staatshaushalts-Etat heben wir folgende Punkte hervor, welche eine besondere Aufmerksamkeit verdienen. Der Gewinn des Gouvernements aus seinen Bankantheilen beträgt diesmal 163,000 Thlr., die Postverwaltung trug 691,310 Thlr. ein. Die Einnahmen haben um 2,224,596 Thlr. geringer angenommen werden müssen, als sie zu Ende des Jahres 1847 für's Jahr 1848 veranschlagt waren, während die Ausgaben für 1849 um 3,383,404 Thlr. höher als für 1848 veranschlagt werden mußten, so daß sich ein Mehrbetrag der Ausgaben von 5,608,000 Thlr. ergibt. Doch findet sich das Defizit im Etat gedeckt. Von hervorstechenden Ausgaben heben wir folgende hervor: Reichs-Marine 103,250 Thlr., Chef der preuß. Bank 6000 Thlr., Pensions-Unterstützungen 1,045,000 Thlr., zur Vollenbung des Baues und der Einrichtung der Wassermühlen am Mühlendamm in Berlin 66,000 Thlr., zum Bau von Gerichts- und Gefängnißlokalen 191,703 Thlr., zum Reetablisement der Defensions-Artillerie und zum Ersatz des beim Brande der Artillerie-Wagenhäuser in Berlin verloren gegangenen Materials 160,000 Thlr. —

Man erinnert sich der mißglückten Bemühungen des brasilianischen General-Konsuls Sturz, eine deutsche Kolonisation im großartigsten Maßstabe nach Brasilien hin zu Stande zu bringen. In diesem Augenblicke befindet sich aus Brasilien ein Doktor Blumenau hier, um diese Bemühungen von Neuem wieder aufzunehmen. Derselbe hat sich sowohl mit den Ministern, wie mit mehreren der einflußreichsten Abgeordneten in Verbindung gesetzt und mehrfache Zusicherung erhalten, die ihm ein Gelingen seiner Pläne in Aussicht zu stellen scheinen. — Die hiesigen für Schleswig-Holstein bestimmten Truppen rüsten sich nun auch zum Abmarsch, in der Puttkammerstraße, wo das Füsilier-Bataillon vom 12ten Regiment im Quartier liegt, herrschte vorgestern den ganzen Tag hindurch die größte Thätigkeit. — Der politische Parteihass zeigt sich leider seit einiger Zeit auch darin, daß vermögende Leute in Codizillen die Bestimmungen wieder aufheben, welche sie zum Besten der hiesigen Wohlthätigkeits-Anstalten in ihren Testamenten getroffen haben. Der Grund dieser Willensänderung besteht in Unzufriedenheit mit dem politischen Verhalten der unteren Klassen. — Der Aktienwelt steht ein harter Schlag bevor. Die Hamburger Eisenbahn hat beschlossen, in diesem Jahre keine Dividende zu zahlen, d. h. für Stammaktien. Es würde auf dieselbe nur 1/2 pCt. kommen, welches maa zu anderen nöthigen Ausgaben verwenden will. (N. C. B.)

— Es ist eine Thatsache, daß die demokratische Partei hier viel Anhänger verliert. Es ist auch ganz natürlich, denn die Entfittlichung unter den Führern ist zu groß. Es wird bis tief in die Nacht geschwelgt, die rohesten Reden geführt, auf die unerschämteste Weise das Schamgefühl verlegt und die Pfennige, welche die armen Arbeiter steuern, auf die lächerlichste Weise durchgebracht. Das sind die Helden, welche sich an die Spitze Deutschlands stellen, ein Volk regieren wollen.

Kammerkritiken vom 23ten.

Die Rechte hat sich bei dieser Sitzung im Ganzen schwach und feig benommen, bei den wüthenden Angriffen, welche die Revolutionaire gegen Preußens vortreffliches Heer richteten. Hier war das Rhodus, wo jene Pflanzschule der rothen Anarchie die volle donnernde Wahrheit nicht in einzelnen Naketenblitzen, sondern im gewaltigen Gegenstoß der Phalanx hätte hören müssen. Mit einer bloßen Abstimmung allein ist es nicht gethan, man muß solche Feinde auch moralisch vernichten.

Herr v. Vincke sagte bei der Debatte über das Amendement Thiel: es liege keine Klage vor, daß höhere Beamte antiministeriell seien. — Herr v. Vincke ist ein Spatzvögel.

Die Debatte über das d'Estersche Amendement gegen das preussische Heer beginnt, und wir machen wiederum die Erfahrung, daß gerade fortgejagte und unbrauchbare Offiziere diejenigen sind, welche, während man glaubte, sie beschäftigten sich mit ganz andern Dingen, die tiefsten Studien über das preussische Heerwesen gemacht und die einschüßvollsten Erfahrungen von den Uebelständen gewonnen haben.

D, über den schmählichen Udanf der preussischen Kriegsminister, solche Richter nicht anerkannt zu haben.

Einer jener Ballisten der Linken erklärt, trotz einer gewissen, noch offenstehenden und bereits mehrerwähnten Schuldforderung, daß die preussischen Offiziere tapfer seien, ein Brigadegeneral brauche aber Nichts zu verfechten, als einen Brief zu unterschreiben und seine Uhr aufzuziehen. Von dem Abg. von Gag gegenüber ist die Rechte sogar feig genug, zu desavouiren, daß man bei seiner Anerkennung auch die Treue und Haltung des Heeres in den Kampfzagen des 18. und 19. März hier in Berlin gemeint habe! — Warum hielten Minister und Mitglieder der Rechten nicht der perfiden Anklage des Herrn d'Esther die schändlichen und nichtswürdigen Plakate entgegen, mit denen die Freunde des Herrn d'Esther seit Jahresfrist die preussischen Soldaten demoralisiren, mit denen die Steuerverweigerer Hildenhagen und Comp. — wir verachten den lächerlichen Präsidial-Ordnungsruf, — durch Väter und Mütter preussische Soldaten zur Desertion und zum Bruch des Fahnenreides zu verleiten versuchten! Wir kennen diese d'Esterschen Thranen, die aus Rührung flossen, daß die Steuerverweigerer aus dem Schützenhause geworfen werden mußten! — Warum schwieg die Rechte, als von dem Rechtsbruch der Krone gesprochen wurde und duldete es, daß Herr v. Vincke einen Präsidialverweis erhielt, als er erklärte: der Rechtsbruch sei nur auf Seiten der Steuerverweigerer zu suchen!

Wir müssen gestehen, wir begreifen nicht, mit welchem Recht der Präsidant Herrn v. Vincke über diesen Ausdruck zur Ordnung rufen konnte, während der Angriff auf die Krone ruhig hinging und während Herr Parisius in demselben Athemzug erklären durfte, er rechne es sich zur Ehre, ein „Steuerverweigerer“ zu sein!

Verlangt Herr Grabow vielleicht, daß den Steuerverweigerern ein Votum gegeben werde, daß sie sich „um das Vaterland wohl verdient gemacht?“ (N. Pr. Z.)

Bekanntmachung.

In dem Dienstbetriebe der Post-Anstalten sind zum Nachtheile des Publikums dadurch mannigfache Uebelstände herbeigeführt worden, daß die Aufgeber von Packeten den dazu gehörigen Begleitbrief noch in der Weise benützt haben, um Geld oder Gegenstände von angegebener Werthe in den Begleitbrief zu verpacken. Damit in dem Gesamt-Interesse des Publikums die erforderliche Klarheit im Postbetriebe aufrecht erhalten werde, sieht sich das General-Post-Amt zu der Bestimmung genöthigt, daß

zu Packet-Sendungen jeder Art, mithin auch zu Packeten mit angegebener Werthe, zu recommandirten Packeten, zu Kästern, Beuteln und Kisten mit Geld u. s. w.,

nur solche Begleitbriefe gehören dürfen, welche einen ledigen Frachtbrief ausmachen oder in einem gewöhnlichen Briefe bestehen, der kein Geld und keine anderen Gegenstände von angegebener Werthe enthält.

Der Begleitbrief muß mit demselben Siegel versehen sein, mit welchem das Packet verschlossen ist.

Die königlichen und öffentlichen Behörden und das correspondirende Publikum wollen diese Vorschrift genau beachten.

Berlin, den 17ten März 1849.

General-Post-Amt.



# Anzeige für Reisende nach Amerika.



Unterzeichneter expedirt von hier direkt nach New-York, New-Orleans, Quebet und Australien schnell segelnde kupferbodene Schiffe, welche zur Aufnahme von Passagieren aufs Bequemste eingerichtet sind. Langjährige Erfahrungen in dieser Branche setzen mich in den Stand, Alles zu veranstalten, was den Reisenden die Beschwerlichkeiten der Reise erleichtert, und eine strenge Reellität sichert denselben eine gute und hinlängliche Versorgung mit Lebensmitteln zu.

Nach New-York den 1sten, 15ten und 25ten eines jeden Monats.

Nach New-Orleans den 15ten April, 15ten September, 1sten und 15ten Oktober.

Nach Quebet (in Canada) den 1sten und 15ten April, 1sten und 15ten Mai, 1sten und 15ten Juni, 1sten Juli.

Es liegt im Interesse der Passagiere, sich frühzeitig zu melden, indem die ersten Fahrten viel billiger als die späteren sind.

Nähere Auskunft ertheile ich auf portofreie Briefe.

**J. J. Mansfeldt,**

Mühlenstraße No. 8 in Hamburg.

Im Laufe dieser Woche werden wir unsere geehrten Mitbürger zu Beiträgen für die innere Mission durch unsere Boten aufzufordern uns erlauben, und zu diesem Zwecke eine gedruckte Einladung mit Beilage und Subscriptionlisten vorlegen lassen.

Letztere werden nach 3 Tagen von den Boten wieder abgeholt werden.

Da es uns nicht möglich ist, sämmtlichen einzelnen Einwohnern unserer Stadt die Einladung zuzuschicken, so bitten wir besonders die Herren Hausbesitzer, ihre Inquilinen mit derselben bekannt machen und sie ihnen vorlegen zu wollen.

Wir verfehlen nicht, die Betheiligung an dieser so wichtigen Angelegenheit nochmals recht dringend zu empfehlen. Stettin, den 27sten März 1849.

**Der Vorstand des Haupt-Vereins für innere Mission in Pommern.**

## Concert = Anzeige.

Donnerstag den 29sten März, Abends 7 Uhr, werde ich im Verein mit der hiesigen Liedertafel in der Aula des Gymnasii ein Vocal- und Instrumental-Concert zu geben die Ehre haben, zu welchem Einladkarten a 15 sgr. in den Musikalienhandlungen der Herren Bulang, Saunier und Devanier und beim Kaufmann Herrn Lübertz zu haben sind. Das Programm des Concertes wird durch Aufschlagezettel bekannt gemacht werden. **T u s c h e.**

## Officielle Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung von dem Verkauf zweier Bauplätze.

Der Platz vor der Gasanstalt, zwischen dem Wege dahin und dem nach den Pommerensdorfer Anlagen, zu 2 Baustellen a 5140 Quadratfuß (35 □ R. 100 □ F.) eingetheilt, soll am 18ten Mai, Vormittags 11 Uhr, im Rathssaale meistbietend veräußert werden.

Stettin, den 26sten März 1849.

Die Oekonomie-Deputation des Magistrats.

## Verlobungen.

Die Verlobung unserer Tochter Elise mit dem Königl. Regierungs-Assessor Herrn Hasselbach beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Stettin, den 26sten März 1849.

C. F. Lübbe und Frau.

Elise Lübbe,  
Gustav Hasselbach,  
Regierungs-Assessor.  
Verlobte.

## Auktionen.

### Holzverkauf.

Zu dem Verkaufe der eingeschlagenen Kiefern-, Eichen- und Linden-Kloben- und Knüppel-Brennholz-Klastern, auch Kiefern-Nutzholzstämmen an den Meistbietenden in dem nahe an der Oder bei Schwert belegenen Forst-Parzellen-Gehege steht auf

Donnerstag den 29sten März c., von Vormittags

9 Uhr ab,

im Gehege Termin an.

Bemerkt wird hierbei, daß an Brennholz einige Hundert Klastern vorhanden sind, und selbiges einzeln, nach Umständen auch in mehreren Klastern, Bauholz hingegen in Loosen von mehreren Stücken ausgeben werden wird, sowie, daß die Uebergabe des Holzes sogleich im Termine erfolgt und die Zahlung der Meistgebote gleichzeitig an die königliche Domainen-Rentamts-Kasse zu Schwedt zu leisten ist.

Forsthaus Peinersdorf, den 23sten März 1849.

Der Königl. Oberförster Gadow.

### Nachlaß-Auktion.

Am 2ten April, Morgens 8 Uhr, sollen in dem Hause No. 6 hiersebst: 1 Füllen, 1 Starke, mehrere Schweine, 16 Dienestöcke, 1 Frachtwagen, sowie Möbeln, Haus- und Küchengerath, herrschaftliche Betten, Kleidungsstücke, Werkzeuge, Nutzholz zc. gegen gleich baare Zahlung meistbietend verkauft werden.

Bredow, den 28sten März 1849.

Das Dorfgericht.

## Verkaufe beweglicher Sachen.

Ein gebrauchter eiserner kompletter Kochofen mit drei Böchern ist des Umzugs wegen für 15 Thlr. gr. Oberstraße No. 17 zu verkaufen.

Feiner Java-Coffee, a Pfd. 5 sgr., vorzüglich gut schmeckenden, 6 sgr., bei

**Julius Lehmann,**  
Bollwerk und Heiligegeiststraße.

**Französische Gummi-Caloschen für Damen und Herren**  
in allen Größen empfohlen  
**E. Sanne & Co.**

Besten **Holländ. Käse**, a Pfd. 6 sgr., fetten **Schweizer-Käse**, a Pfd. 8 sgr., bei Partien billiger, bei

**Julius Lehmann,**  
Bollwerk und Heiligegeiststraße.

**Sahnenkäse** von ausgezeichneter Güte, a Stück 5 sgr., bei

**August Scherping,**  
Schuh- und Fuhrstraßen-Ecke No. 855.

## Torf-Verkauf.

Von dem auf dem Rathsholzhohe lagernden Kämmerer-Torf sollen etwa 100 Mille a 2 Thlr. 10 sgr. verkauft werden.

Die Abfolgescheine ertheilt der Stadthofmeister Ebert, neuen Markt No. 873, gegen Empfang des Geldes.

## Grünes Fensterglas,

wie auch Medocflaschen u. s. w. verlaufe ich zu billigen Preisen. **H. P. Krehmann** in Stettin.

## Dampfmehl-Niederlage.

Feinstes Weizen- und Roggen-Dampfmehl von anerkannt bester Qualität, sowie Weizen-Gries in allen Nummern wird en gros und en detail billigst verkauft bei **J. W. Pahn**, Küsterstr. No. 43.

Mein Graupen-Lager ist vollständig assortirt, und kann ich namentlich bei Abnahme von größeren Posten sehr billige Preise stellen. Beste Schiffsgraupen verkaufe ich von heute ab den Scheffel mit 2 1/2 Thlr. **J. W. Pahn.**

Feine weiße Bohnen, beste Kicherbsen, Linsen, Hirse, Hafer- und Buchweizen-Größe, Hanfsamen, alle Sorten Nudeln in Kisten und ausgewogen, Weizen-Stärke, Kraftmehl, Kartoffelmehl, mehrere Sorten feinstes Waschlau sehr billig bei **J. W. Pahn.**

Feinschmeckenden Java-Dampf-Coffee, a Pfd. richtig 32 Loth, 8 sgr., empfehle ich als vorzüglich preiswürdig, und wird dieser Coffee den strengsten Anforderungen genügen. **J. W. Pahn.**

Besten Carolina-Reis, ausgewogen a Pfd. 3 sgr.; feinste Rassinade, a Pfd. 6 sgr.; reischmeckenden Java-Coffee, a Pfd. 5 1/2, 5 1/2, und 6 sgr., bei größeren Posten billiger, empfiehlt **J. W. Pahn.**

## Vermietungen.

Eine wirklich gute herrschaftliche Wohnung, bei Etage, Sonnenseite, von 8 heizbaren Piecen nebst allen dazu gehörigen sehr bequemen Wirtschaftsräumen, ist sofort zu vermieten. Wo? wird in der Zeitungs-Expedition gesagt.

Eine möblirte Vorderstube ist an einen oder zwei Herren ganz billig zu vermieten gr. Bollweberstraße No. 595.

Mönchenstr. 459/60 ist ein Laden sogleich zu vermieten.

Rohlmarkt No. 621 wird die Parterrewohnung nebst Laden, worin seit 15 Jahren eine Puz- und Modewarenhandlung bestanden, zu Michaelis d. J. miethsfrei. Näheres zweite Etage. — Dasselbst steht auch ein wohlhabendes Ladentrepodium zum Verkauf.

Kuh- und Breitenstraßen-Ecke No. 286 ist die dritte Etage, bestehend aus 5 Stuben nebst Zubehör, zum 1sten April zu vermieten.

## Anzeigen vermischten Inhalts.

### Königl. Sächs. conf. Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Leipzig.

Rechnungs-Ergebnisse des Jahres 1848.

Versicherungsanträge von 310 Pers. mit 343,700 Thlr. Abgeschl. Versicherungen =	221	255,600
Sterbefälle von	97	102,600
Zahl der verbliebenen Versicherten	4390	5,237,700
Einnahme des Jahres		225,077
Ausgabe desselben		131,820
Reservefonds		897,067
Ueberschuß		45,850

Wenngleich die Zeitverhältnisse und die daraus hervorgegangene Erwerbslosigkeit manchen sorgsamem Familienvater an dem Beitritt zur Anstalt verhindert haben mag und dadurch die Zahl der neuen Mitglieder geringer als im vergangenen Jahre erscheint, so sind dennoch die Rechnungsergebnisse der Anstalt um so befriedigender, als die Ausgabe für Sterbefälle unter den Berücksichtigung ungleich niedriger, als das vorangegangene Jahr, und zwar unter der Erwartung ausgefallen ist.

Der Reservefonds hat eine Verstärkung von 60,182 Thlrn. erhalten, und der verbliebene Ueberschuß giebt für die Dividenden-Vertheilung günstige Aussichten.

Nähere Auskunft unentgeltlich bei

**A. & F. Rahm,**

Agenten in Stettin,  
große Oberstraße No. 6 a.

Diejenigen Mitglieder der Gertrud-Gemeinde, welche in diesem Jahre eine Spargesellschaft wieder bilden wollen, werden hiermit benachrichtigt, daß die Sparzeit vom 1sten April ab beginnt.

Stettin, den 26sten März 1849.

Der Vorstand.

Jonas. Doebel. Dickow.

Diejenige, damals in Trauer gekleidete, wahrscheinlich auf der Lastadie wohnende Frau, welche Jemandem vor 6 bis 8 Wochen eines Mittags auf dem Heumarkte Aufschlüsse über gegen ihn von einer gewissen Auguste S....t beabsichtigte Schlechtigkeiten gab und ihre Aussage vor Gericht wiederholen wollte, wird gebeten, ihren Namen recht schleunig beim Justiz-Commissarius **T r i e s t**, Schulzenstr. No. 174, zu nennen.

Niemand außer mir ist befugt, über Geld oder irgend etwas in meinem oder meiner Firma, **Ferd. Müller & Co.**, Namen zu quittiren, und Quittungen meiner Leute erenne ich nur dann an, wenn die betreffende Zahlung in meinem Geschäfts-Bokale erfolgt ist. **Ferdinand Müller.**

Am 25sten d. Mts. ist von dem Flur des Hauses No. 1174 am Dampfschiffsbollwerk ein grün lackirt, ziemlich großer Briefkasten gestohlen worden. Wer zur Wiedererlangung behüßlich ist, erhält eine angemessene Belohnung.

Unterricht im Schneidern ertheilt: **Auguste Hansen**, Schiffbau-Lastadie No. 37.